

# **OBAMA UND DER SYRIEN-KRIEG**

## **VON ERHARD CROME, MITGLIED DES GESPRÄCHSKREISES FRIEDEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

Zu den Eigenheiten der Geschichte der USA gehört, dass ihre Kriege in der jüngeren Vergangenheit meist nicht von den Konservativen, sondern von liberalen, «demokratischen» Präsidenten begonnen wurden. Der Demokrat Harry S. Truman (US-Präsident 1945-1953) war für den Korea-Krieg verantwortlich, John F. Kennedy (1961-1963) und Lyndon B. Johnson (1963-1969) für den Vietnam-Krieg und seine Eskalation, Bill Clinton (1993-2001) für den Jugoslawien-Krieg und Barack Obama für die Teilnahme der USA an dem libyschen Krieg des Westens 2011. – Der erste und zweite Weltkrieg, während derer die USA mit Woodrow Wilson (1913-1921) und Franklin D. Roosevelt (1933-1945) ebenfalls demokratische Präsidenten hatten, müssen hier wegen der besonderen Kriegsschuld Deutschlands außer Betracht bleiben.

George W. Bush (2001-2009) als rechter Republikaner mit den Kriegen gegen Afghanistan und Irak war da eher eine Ausnahme in der US-Geschichte, die aber hing mit dem 11. September 2001 und dem Konzept seines Vaters George Bush (1989-1993) von der |«neuen Weltordnung» – dass die USA nach dem «Sieg» im Kalten Krieg die uneinholbare Supermacht sein und bleiben sollten – zusammen.

Das Problem, das im Hintergrund steht, ist das der tatsächlichen oder gefühlten «Stärke». John F. Kennedy war der erste (und bisher einzige) Katholik auf dem US-Präsidentensessel. Er war jung und kein Kriegsgeneral, wie sein Vorgänger Dwight D. Eisenhower (1953-1961), und er stand unter dem Druck der rechten Republikaner. So hatte er nach der Niederlage des CIA-Angriffs gegen Kuba in der Schweinebucht und dem Mauerbau in Berlin 1961 die Befürchtung, als schwach zu gelten. In Sachen Vietnam wollte er eine «harte Haltung» zeigen und bugsierte das Land in den Vietnamkrieg, der dann zur großen Niederlage und zum Trauma der USA wurde.

Rechte Präsidenten dagegen gelten per se als stark. Deshalb konnten die republikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower und Richard Nixon (1969-1974) den Korea- beziehungsweise Vietnam-Krieg beenden, ohne dass jemand ihnen Weichheit vorgeworfen hätte. Demokratische Präsidenten dagegen meinen, ihre «Härte» immer wieder neu beweisen zu müssen und fürchten den Vorwurf, nicht genug Stärke zu zeigen. Zudem sind Kriegshandlungen bei einer solch großen Macht stets auch Moment der Innenpolitik: Immer wenn Bill Clinton eine Zuspitzung der politischen Auseinandersetzungen um sein Privatleben zu vergegenwärtigen hatte, ließ er Bagdad bombardieren, wegen angeblichen oder tatsächlichen Verstoßes gegen die nach dem zweiten Golfkrieg verhängte Flugverbotszone durch Saddam Hussein.

So erschien im Jahr der Präsidentenwahl 2012 auch die Gefahr eines Iran-Krieges unter Barack Obama größer, als sie es unter Bush 2006 oder 2008 war, weil der nichts beweisen musste, was er mit den Kriegen in Afghanistan und Irak nicht schon bewiesen hatte. Wenn der Irak-Krieg ein militärischer und politischer Erfolg gewesen wäre, hätte der damals vorgeplante Iran-Krieg dessen Fortsetzung im Sinne der dem «Großen Mittleren Osten» durch die USA verordneten Neuordnung bedeutet; so ließ die Niederlage in Irak den diesbezüglichen Eifer erlahmen. Zugleich haben der «Arabische Frühling», die zunächst revolutionär anmutenden Veränderungen in Tunesien und Ägypten sowie anderen arabischen Staaten eine veränderte Situation in der Region geschaffen, die aus westlicher Perspektive unberechenbar wurde und nicht in der früheren Weise beherrscht werden zu können schien.

Obama steht wegen seiner Sozialpolitik im Innern ohnehin unter Druck. Die innenpolitische Situation ist durch die «Tea-Party-Bewegung» in einer für die USA-Geschichte untypischen Weise extrem aufgeheizt, die wirtschaftliche Krisensituation mit hoher Arbeitslosigkeit hält an und Obama hat bereits Reduzierungen in den militärischen Planungen und eine Verminderung der Steigerung der Rüstungsausgaben angekündigt. Insofern versuchten die Republikaner im Wahlkampf 2012 mit dem Argument mangelnder Stärke Punkte zu sammeln.

Barack Obama ist der erste Präsident der USA mit afrikanischen Wurzeln. Er wollte das Land aus den Niederlagen in den Kriegen in Irak und Afghanistan führen, in die sein Vorgänger die USA manövriert hatte, und vor allem eine innenpolitische und soziale Erneuerung erreichen. Die Republikaner, denen das alles nicht passt, erhöhten im Wahlkampf den Druck, auch mit dem Vorwurf, Obama sei «zu schwach». Es war dies die Situation, in der er im August 2012 erklärte, bei einem massenhaften Einsatz von chemischen Waf-

fen in Syrien sei eine «rote Linie» überschritten und ein militärisches Vorgehen der USA sei geboten. Das wurde allgemein als eine Warnung an die Adresse von Präsident Baschar al-Assad verstanden. Dass die Regierungsseite in Syrien über Chemiewaffen verfügt, ist allgemein bekannt. Innerhalb der fatalen Logik des Nahostkonflikts hatte die syrische Führung bereits unter Hafez al-Assad, dem Vater des jetzigen Präsidenten, dieses Potential als Gegengewicht zu dem Atomwaffenpotential Israels angesehen.

Ein erster Chemiewaffeneinsatz im syrischen Bürgerkrieg erfolgte am 19. März 2013 in der Nähe der hart umkämpften Stadt Aleppo. Sofort wurde unterstellt, die Regierungstruppen hätten diese geächteten Mittel eingesetzt. Russland jedoch, das einen großen Marinestützpunkt in Syrien unterhält und mit eigenen Kräften im Lande ist, hatte eine «Sonderoperation» zur Probenentnahme unternommen. Das Ergebnis stellte Außenminister Sergej Lawrow am 10. Juli in Moskau der Presse vor: Sowohl die Geschosse als auch die darin enthaltene Substanz, das hochgiftige Nervengas Sarin, waren von einer mit der «Freien Syrischen Armee» (FSA) verbundenen militärischen Gruppierung in einem Gebiet hergestellt worden, das zur Zeit des Angriffs von der FSA kontrolliert wurde.

Die irakische Regierung, die auch Jahre nach dem Krieg der USA immer noch gegen sunnitische Terroristen im Lande zu kämpfen hat, die Tag für Tag Anschläge gegen die überwiegend schiitische Zivilbevölkerung verüben, hat Ende Mai eine Giftmischer-Einheit des Terrornetzwerkes von Al-Kaida festnehmen lassen. In zwei Produktionsstätten bei Bagdad und in der Provinz haben sie Sarin und Senfgas hergestellt, das in die Nachbarländer und bis nach Europa und Nordamerika geschmuggelt und eingesetzt werden sollte. Die türkische Zeitung Vatan meldete am 31. Mai 2013, dass Mitglieder der zu Al-Kaida gehörenden syrischen Al-Nusra-Front in der Türkei verhaftet wurden, weil sie Giftgas-Anschläge geplant hatten. Die Zeitung meinte, es sei ein Einsatz gegen US-Truppen im Süden der Türkei geplant gewesen. Dass es viel näher lag, dass sie das Gas in Syrien einsetzen wollten, schrieb sie nicht.

Am 21. August wurde nun Giftgas in einem umkämpften Vorort von Damaskus eingesetzt. Hunderte Menschen starben. Sofort erfolgte in westlichen Medien eine lauthalse Schuldzuweisung an die Adresse des Assad-Regimes. Gewiss, dieses hat im Laufe des Bürgerkrieges unzählige Verbrechen begangen, Bomben, Flugzeuge und Raketen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Mittlerweile gibt es jedoch auch die FSA, deren brutalste Kampftruppen die der Al-Nusra-Front sind. Christliche Kirchen werden niedergebrannt, Gemeindeangehörige ermordet, weil sie weder für noch gegen Assad kämpfen wollen – also auch nicht mit Al-Nusra sind, Nonnen vergewaltigt, Christen außer Landes getrieben. Auch kurdische Dörfer werden systematisch niedergebrannt, deren Aktivisten umgebracht. (Das alles sind Informationen, die man im Internet finden kann, wenn man sie sucht, die jedoch von den westlichen Großmedien systematisch ausgespart werden, weil sie nicht in die Schablone von dem «bösen» Assad und den «guten» Gegenkräften passen.) Fest steht, in diesem blutigen Bürgerkrieg werden von allen Seiten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung begangen. Laut UNO-Angaben sind ihm bisher mindestens 100.000 Menschen zum Opfer gefallen.

Fest steht auch: Beide Seiten verfügen über tödliche Chemiewaffen. Der britische Premier und der französische Präsident, die sich bereits in Sachen Libyen-Krieg als die Vorreiter westlicher Kriegspolitik darboten, übernahmen diese Rolle wieder (auch wenn in Frankreich nun ein anderer in diese Rolle geschlüpft war). Sie erinnerten Obama an sein Wort von der «roten Linie» und behaupteten – ohne dass die UNO-Inspektoren überhaupt schon irgendetwas geprüft haben konnten –, dass Assad verantwortlich sei. Sie wüssten das, zumindest ihre Geheimdienste. Und Krieg sei nun dringend nötig. Als wenn man in einem Kriege, der bereits 100.000 Menschenleben gekostet hat, etwas Gutes erreicht, wenn man nochmals 50.000, 100.000 oder 200.000 Menschen tötet. Die Mär von den Präzisionswaffen glaubt ohnehin niemand mehr – als der Westen in Libyen zu bomben begann, gab es etwa 1.000 Tote. Am Ende des Krieges waren es mindestens 60.000. Wer war nun für die 59.000 verantwortlich? Gaddafi oder die NATO? So gab Obama schließlich den Befehl an die Militärs der USA, einen Militärschlag gegen Syrien vorzubereiten.

Die Verantwortlichen für den Chemiewaffeneinsatz konnten bislang jedoch noch nicht überführt werden. Das russische Außenministerium teilte bereits am 21. August mit, dass das Giftgas bei Damaskus mit einer selbstgebauten Rakete verschossen worden war, die der im März von den Oppositionskräften verschossenen ähnelte. In einer internen Beratungsrunde der fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates Ende August in New York, in der Großbritannien, Russland und China zur Zustimmung zu einer Resolution zugunsten des Militäreinsatzes gegen die syrische Regierung bewegen wollte, hatte nach vorliegenden Informationen die russische Seite Satellitenbilder vorgelegt, die den russischen Befund stützten. Westliche Militärtechniker sind ihrerseits zu dem Schluss gekommen, dass die eingesetzten Kartuschen nicht der Ausrüstung der syrischen Armee entsprechen.

Das entspricht auch der Logik des berühmten «Cui bono?» Die syrische Armee hat in den vergangenen Wochen wichtige Gebiete und Verbindungswege, die zwischenzeitlich von der FSA kontrolliert wurden, zurückerobert, nicht zuletzt mit Unterstützung der schiitischen Hisbollah-Kämpfer aus dem Libanon, die

einen Sieg der sunnitischen Al-Kaida-Truppen in Syrien verhindern wollen. Wenn jetzt der Westen Einrichtungen, Nachschubwege und Truppen der Regierung zusammenbombt, wie es in Libyen getan wurde, könnte dies das militärische Kräfteverhältnis wieder zugunsten der Bodentruppen der FSA-Seite verändern. Ein Militäreinsatz des Westens in Syrien läge nur in deren Interesse. Und wenn es einen Anlass braucht, muss er eben geschaffen werden.

Obama will nicht schwach erscheinen. Er will seine Rolle als Präsident nicht schlechter spielen, als all seine weißen Vorgänger. Am 28. August 2013, zum 50. Jahrestag der berühmten Rede von Martin Luther King vor dem Lincoln Memorial in Washington, hat er vor Hunderttausenden und der Welt noch einmal daran erinnert, dass dessen Traum noch nicht Wirklichkeit wurde. Aber Obama ist der symbolische Beweis, dass er verwirklicht werden kann – unter dem Erinnerungsmal für Abraham Lincoln, der die Sklaven befreit hatte, sprach 1963 der schwarze Prediger Martin Luther King, und in Erinnerung daran fünfzig Jahre später der erste schwarze Präsident der USA. Wenn es für einen US-Präsidenten dazugehört, auch Kriegsführungsfähigkeit zu zeigen, dann tut er eben auch das. Friedens-Nobelpreis hin oder her.

Inzwischen hat das britische Parlament eine Kriegsbeteiligung Großbritanniens gegen Syrien gegen den ausdrücklichen Willen der Regierung abgelehnt. Die EU, bei aller verbalen Drohgebärde, tritt im Kern für eine politische Lösung und eine entsprechende Rolle der UNO ein. Der UNO-Generalsekretär sprach sich gegen einen Militärschlag des Westens aus, wie auch der Papst. Obama erklärte, seinerseits ein Votum des US-Kongresses für den Krieg einholen zu wollen. Die russische Regierung hat bei der Assad-Regierung die Zusage erwirkt, die Chemiewaffenvorräte, über die sie verfügt, internationaler Kontrolle zu unterstellen, der Internationalen Konvention zum Verbot der Chemiewaffen beizutreten und die Vorräte zu vernichten. Am Ende hat die US-Regierung das als politische Chance bezeichnet, den Militärschlag gegen Syrien auszusetzen. Beobachter sehen darin ein Zeichen der Stärke Obamas. Allerdings war am 9. September auch noch die Rede davon, dass an die 230 der derzeit 433 Mitglieder des Repräsentantenhauses der USA ihre Zustimmung zum Krieg verweigern wollten. Die Mehrheit der US-Bevölkerung ist ihrerseits gegen den Krieg. Seit den ersten Ankündigungen Obamas über einen Militärschlag fanden auch vor dem Weißen Haus Friedensdemonstrationen statt. So ist auch der Verhandlungsweg für einen Frieden in Syrien wieder offen.

*11. September 2013*

*Dr. Erhard Crome ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*